

Was die Schweiz verbindet - und zusammenhält

Vortrag am GGK Forum am 25. Oktober 2017 um 19.15 Uhr in der Aula der Pädagogischen Hochschule St. Gallen

1. Einleitung: Was die Schweiz nicht verbindet

Die Frage, was ein Land verbindet, ja zusammenhält, die Frage nach der Identität, stellt sich in einer globalisierten Welt überall. 1996 sprach Bassam Tibi in einem Aufsatz erstmals von einer europäischen Leitkultur für Deutschland. Er hielt eine solche Leitkultur im Sinne eines Wertekonsenses als Klammer zwischen Deutschen und Migranten für geradezu unerlässlich. Es sei in vielen Demokratien nämlich selbstverständlich, dass ein Konsens über Werte und Normen die im Gemeinwesen lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Religion, Ethnie oder Ursprungskultur, verbinde. Ein solcher Konsens sei auch für Deutschland nötig, dürfe aber nicht als deutsche Leitkultur missverstanden werden. Man müsse sich gegen wertebeliebigen Multikulturalismus und gegen Parallelgesellschaften hinter einem modernen Wertekonsens versammeln, der den Vorrang der Vernunft vor jeder religiösen Offenbarung, eine auf der Trennung von Religion und Politik basierende Demokratie, die Achtung der Menschenrechte sowie Toleranz und Pluralismus umfassen solle.

Die Debatte, die folgte, dauert bis heute. «Leitkultur» wurde in alle Himmelsrichtungen hin interpretiert und missbraucht. Für die einen war das ein Ausdruck europäischer Anmassung und Überheblichkeit, für die anderen Ausdruck von Zusammengehörigkeit und – ein Wort, das fast pathetisch wirkt – Heimat. Dass sich die Alternative für Deutschland in ihrem Parteiprogramm des Begriffes bemächtigt hat, ist nicht erstaunlich, aber sie versteht darunter, im Gegensatz zum Schöpfer des Begriffes, den flüssigen Gebrauch der deutschen

Sprache, bewährte Umgangsformen, die geistige Tradition der Aufklärung sowie Nationalsymbole wie die Fahne und die Hymne.

Die Frage nach dem Zusammenhalt der Schweiz ist anders gestrickt. Die Schweiz ist, da gehe ich mit Roger de Weck einig, ein Land sui generis. Es wird nicht, wie die meisten klassischen Nationalstaaten, durch eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Religion zusammengehalten. Es gibt nicht einmal eine gemeinsame politische Identifikationsfigur, etwa einen viele Jahre amtierenden Staatspräsidenten oder gar – *horribile dictu* – wie in Belgien einen König (sieht man von King Roger ab) oder wie bei unseren unmittelbaren Nachbarn am Alpenrhein einen Fürsten.

Wenn der Schweizer Pavillon an der Weltausstellung 1992 in Sevilla behauptete «Suiza no existe», «La Suisse n'existe pas», war das gemäss dem Urheber der Provokation, dem in Nizza lebenden Schweizer Künstler Ben Vautier, genau so gemeint. Es gibt nicht eine Schweiz, sondern viele Schweizen. Die Alpen haben zwar etwas Verbindendes, aber dennoch sind auf dem kleinen Raum von nur 40'000 km² die Unterschiede zwischen Norden und Süden, zwischen Genfer- und Bodensee auch klimatisch und landschaftlich sehr gross. Allerdings: Vielfalt ist kein Monopol der Schweiz. Auch Grundrechte, Rechtsstaat oder Gewaltentrennung sind es nicht, ebenso wenig wie Wohlstand oder Sozialstaat. Und, vielleicht zur Enttäuschung oder auch Überraschung einiger von Ihnen: auch unser Liberalismus ist weder besonders ausgeprägt noch besonders identitätsprägend.

Mich interessiert heute nicht, was moderne Demokratien, sondern was die Schweiz zusammenhält. Und was die Schweiz zum Unikat macht, zum von den einen zelebrierten, den anderen verteufelten Sonderfall, sind einige spezielle politische Institutionen, die auf das Land zugeschnitten und für seine Situation besonders geeignet, hingegen in der Regel kaum kopierbar sind. Sie sind es, die die Willensnation Schweiz, dieses vielfach fragmentierte Land voller Gegensätze zwischen Jung und Alt, Arm und Reich, Zugewanderten

und hier Geborenen, Stadt und Land, zwischen verschiedenen Regionen, Religionen, Sprachen und Kulturen, zusammenhalten. Dazu kommen einige mentale Besonderheiten, die, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ebenfalls zur DNA der Schweiz gehören und ebenfalls verbinden. So komme ich auf acht vielfältig miteinander verwobene Klammern, die ich heute Abend durchdeklinieren möchte.

2. Institutionelle Klammern

2.1 Die Direkte Demokratie – Ermöglicher von Vielfalt

Man kommt nicht umhin, auch wenn es etwas langweilig wirkt, als erste Klammer der Schweiz die direkte Demokratie zu nennen. Die Schweizer - seit 1971 auch die Schweizerinnen - haben in politischen Fragen mehr zu sagen als irgendein anderes Volk. Sie sitzen selbst am Steuer, nicht bloss auf dem Beifahrersitz. Dabei bin ich mir all der Probleme und Schwächen bewusst. Zu viele Abstimmungen können deren Wert unterminieren, Emotionen können über sachliche Argumente dominieren, Volksinitiativen können von den Bundesratsparteien als Wahlkampfinstrumente missbraucht werden.

Doch trotz der Mängel überwiegen die Vorteile. Die Fokussierung auf kleinere Problemfelder statt ein ganzes Regierungsprogramm erlaubt es, die Vielfalt der Bevölkerung und des Landes abzubilden. Die bei Abstimmungen oft wechselnden Koalitionen und die Möglichkeit, hin und wieder der „eigenen“ Partei die Gefolgschaft zu verweigern, helfen, die politischen Lager aufzubrechen und die Gräben weniger tief werden zu lassen. Die gelebte Praxis der direkten Demokratie war nie eine der totalen Herrschaft der Mehrheit. Nicht nur geben das Zwei-Kammer-System und das Ständemehr den regionalen und zum Teil politischen Minderheiten viel Gewicht, sondern nach gehabter Schlacht werden die in Abstimmungen Unterlegenen aus Erfahrung und Klugheit selten völlig überfahren.

Dazu kommt: Crowd Intelligence schlägt, dessen bin ich mir sicher, die Weisheit von Volksvertretern und Experten. Natürlich werden jene Ergebnisse von Volksabstimmungen ins Feld geführt, die einem nicht in den Kram passen, bei denen die Bevölkerung Dampf ablässt, wie die 3 M, die Minarett-, die Masseneinwanderungs- und die Minder-Initiative. Aber seien wir ehrlich: Diese zum Teil nur symbolischen Überreaktionen des Volkes richten weniger Schaden an als die permanente Missachtung der Ängste der Bevölkerung durch die Regierenden in parlamentarischen Demokratien. Sie nährt nämlich Aggressionen und Gewaltbereitschaft und kann, wie in all unseren Nachbarländern, zum Erstarken sehr unappetitlicher Parteien führen. Das Schweizer Volk muss sich jedenfalls seiner Abstimmungspraxis nicht schämen, trotz manch irritierender Abstimmungsergebnisse der letzten Zeit. Die Schweiz hat seit dem 2. Weltkrieg keine grösseren Dummheiten begangen als die Nachbarländer, war nicht stillloser oder unanständiger, hat keine grösseren Fehlurteile getroffen. Sie braucht nicht mehr repräsentative Demokratie, sondern sollte ein Labor für eine veritable Regierung „des Volkes durch das Volk für das Volk“, wie es Abraham Lincoln in seiner berühmten Gettysburg Address formuliert hat, bleiben.

Die direkte Demokratie hat auch einen Vorteil, der von vielen – ich meine zu Unrecht – als Nachteil empfunden wird und in Summe ebenfalls der Kohäsion dient. Die direkte Demokratie sorgt für die Langsamkeit unserer Politik. Früher hielt ich das für einen Nachteil. Heute weiss ich: sich langsam zu bewegen und zu spät zu kommen ist nur ein Unglück, wenn der Zug in die richtige Richtung fährt. In der Politik fahren die Züge aber bestenfalls gleich oft in die richtige wie in die falsche Richtung. Daher produziert Langsamkeit nicht schlechtere Resultate als Schnelligkeit, sondern reduziert nur die Volatilität und Hektik der politischen Prozesse. Trotz gelegentlich überraschender Volksentscheide scheint mir die Schweiz daher berechenbarer und stabiler als ihre Nachbarn – auch dank der direkten Demokratie. Einen der grössten Verstösse gegen die Rechtsstaatlichkeit, das

Nachgeben in Sachen Privatsphäre gegenüber der Erpressung durch die USA und der Europäischen Union der Steuermaximierer, haben jedenfalls Regierung und Parlament, nicht das Volk zu verantworten.

2.2 Das Milizprinzip – Partizipation für alle

Wenn ich in unseren Nachbarländern reise und dort Kontakt mit lokalen Behörde- und Politikvertretern habe, wird mir bewusst, wie sehr uns das, was wir Miliz nennen, von den Nachbarn unterscheidet und welch grossen Kitt es bedeutet. Gewiss, auf Bundesebene ist der Milizgedanke inzwischen mehr Mythos als Realität, aber dennoch haben die meisten Politikerinnen und Politiker einen Beruf erlernt, eine Weile auf diesem Beruf gearbeitet und ein Bein in der Wirtschaft, idealerweise in der Privatwirtschaft, behalten. Das hat zahlreiche positive Auswirkungen. Es findet ein Wissenstransfer aus der Privatwirtschaft in die Politik statt, und beide Seiten – Wirtschaft und Politik – entwickeln ein besseres Verständnis füreinander. Miliz-Volksvertreter sind bürgernäher, pragmatischer und – weil weniger abhängig von ihrem Amt – innerlich unabhängiger. Kurz: Sie haben mehr Bodenhaftung. Wo das Milizprinzip wirklich praktiziert wird, also auf Gemeinde- und Kantonebene, hält sich auch die Politikverdrossenheit in Grenzen und gibt es weniger das Gefühl, von einer abgehobenen *classe politique* von oben regiert zu werden.

Der Milizgedanke ist das Pendant zur direkten Demokratie. Er entspringt wie diese dem genossenschaftlichen Staatsverständnis. Dieses verlangt nicht nur Entscheide durch alle, sondern auch Mitwirkung und Wahrnehmen von Verantwortung durch alle. Daher ist uns der obrigkeitsstaatliche Respekt unserer deutschen Nachbarn gegenüber den Behörden ebenso fremd wie die radikale Totalkritik am Staat der amerikanischen Libertären. Der Milizgedanke und das Genossenschaftliche haben auch wesentlich dazu beigetragen, dass es hierzulande in der Politik weniger Personenkult gibt als anderswo. Wer zu hoch fliegt, dem wird mit Misstrauen begegnet – und leider

mit wenig sympathischer Häme, wenn er dann abstürzt. Vor diesem Hintergrund halte ich die auch bei uns zu beobachtende Tendenz, nach dem Studium nur noch Politik zu machen, für verheerend. Auch die gelegentlich angemahnte Professionalisierung der Politik vermag mich nicht zu überzeugen. Gerade mit Blick auf den Zusammenhalt sind engagierte Laien, die sich Rat bei Experten holen, viel wertvoller als Politiker, die nur Politiker sind.

2.3 Der Non-Zentralismus – Zusammenhalt dank Autonomie

Ebenso wichtig wie die direkte Demokratie ist der Non-Zentralismus. Zwar kennen auch Staaten wie die USA, Kanada oder Norwegen den Föderalismus, aber nirgendwo finden sich auf 40'000 km² 26 Kantone und 2000 Gemeinden, die um Steuerzahler und Unternehmen buhlen. In anderen Staaten sind die autonomen Gliedstaaten vielmehr oft so gross wie die ganze Schweiz, und manche Gemeinden übertreffen flächen- oder einwohnermässig selbst den Kanton Zürich.

Nur ein Föderalismus bis hinunter auf die Ebene der Gemeinden kann eine Nation, die durch viele und grosse Unterschiede der Religion, Kultur, Sprache und Geografie gespalten ist, zusammenhalten.

Andere Staaten haben das Gegenteil versucht, haben mit harter Hand Unterschiede eingeebnet, Sprachen unterdrückt und die Schulbildung vereinheitlicht. Autonomie- und Unabhängigkeitsbewegungen wie in Spanien oder Grossbritannien sind die Folge. Ich bin überzeugt, dass ein ausgeprägter Föderalismus, ein Wettbewerb von Gemeinden und Kantonen um Bürger, Steuern und gute Lösungen, ein Land nicht auseinandertreibt, sondern zusammenführt, natürlich nur, wenn eine vernünftige nationale Solidarität gelebt und ein massvoller Finanzausgleich praktiziert wird. Je mehr jede und jeder sich selbst sein kann, je weniger sich jede Region einem einheitlichen Regime unterwerfen muss, desto mehr stehen alle zu einem Staat, der solche Freiheit zulässt. Es ist das Zulassen der Unterschiede, die das Land zusammenhalten, nicht ein in Bern angerichteter Einheitsbrei.

Die föderale Kleinteilung führt - zusammen mit direkter Demokratie und Miliz – zudem zu mehr Bürgernähe der Behörden, aber auch zu mehr Nähe zu den Unternehmen, und zwar nicht nur in der Phase einer Ansiedlung. In einer so feingegliederten politischen Welt sind Wegzug oder Verzicht auf einen Ausbau nie bloss leere Drohungen, sondern immer realistische Möglichkeiten, und das ist, auch wenn das viele als Erpressung abkanzeln, gut so. Obwohl es daher da und dort Fusionen von Gemeinden, vielleicht gar von Kantonen braucht, sollte die Schweiz nicht dem Trend zur Zentralisierung und Harmonisierung folgen. Diversität ist kein Hindernis, sie ist, wie in den Unternehmen auch, eine Quelle von Innovation, Resilienz und Widerstandskraft.

Am Rande sei erwähnt, dass wettbewerblicher Föderalismus und Gemeindeautonomie ein Instrument zur Zähmung des Leviathans und ein gutes Entdeckungsverfahren sind. Zwar lernen die Kantone nicht so viel voneinander, wie sie könnten, aber in der Finanz- und Steuerpolitik wirkt der Wettbewerb mässigend, ohne race to the bottom. Die Bürger suchen nicht den Standort mit den niedrigsten Steuern, sondern den mit dem besten Preis-Leistungsverhältnis.

2.4 Konkordanz – die Kultur des Kompromisses

Die Schweiz hat, im Gegensatz zu anderen Staaten, seit dem Sonderbundskrieg mit Ausnahme des Generalstreiks keine grossen innerstaatlichen Konflikte durchlebt. Der politische und soziale Friede ist eine der grossen Leistungen des Landes. Er ist – abgesehen von den hier ausführlicher kommentierten Klammern der Gesellschaft – weiteren kohäsionsfördernden Elementen zu verdanken, an denen wir unbedingt festhalten sollten. Ich nenne die allgemeine Wehrpflicht, die ich gerne zu einer allgemeinen Bürgerdienstpflicht ausgeweitet sähe; die starke Betonung und weitgehende soziale Anerkennung der dualen Bildung; die seit Jahrzehnten gelebte

Sozialpartnerschaft; und die im internationalen Vergleich anhaltend relativ gleichmässige Primärverteilung der Einkommen.

Wohl kein anderes Land hat dank der permanenten Pflege und Übung des Kompromisses auf allen Feldern und Ebenen diesen so kulturell verinnerlicht, bis hin zu einem Mangel an konstruktiver Streitkultur. Wichtig war aber auch die institutionelle Untermauerung der Bereitschaft zum Konsens. Dazu gehört die Volkswahl der Exekutiven auf Kantons- und Gemeindeebene, dazu gehört natürlich nicht zuletzt die Zauberformel von 1959. Sie war ein Ausdruck des Ausgleichs. Aber schon davor, etwa im Zweiten Weltkrieg, stand das Land zusammen, übte sich in Kompromiss und Konkordanz, über die Grenzen der Religionen, Regionen, Sprachen, Einkommensschichten, Parteien, Weltanschauungen und der Bildung hinweg. Diese Kohäsion ist schwächer geworden. Verantwortung dafür tragen gerade nicht die Parteien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums, das wäre eine zu billige Erklärung, sondern die Parteien der Mitte, die mit ihrer Mittelmässigkeit das Bedürfnis der Wähler nach Profil missachteten, denen die Kraft abhandengekommen ist, die Pole zusammenzuhalten, und denen es an staatsmännischer Souveränität mangelt, dies zu wollen und zu tun. Stattdessen üben sie sich im tagespolitischen Klein-Klein.

Die Frage ist natürlich, an welchem Punkt des politischen Spektrums sich die gegenläufigen Kräfte treffen. Bis in die 1970er Jahre gelang es den bürgerlichen Parteien, in wesentlichen Punkten einen liberal-konservativen Konsens durchzusetzen, aber dabei die linken Kräfte auf kluge Weise einzubinden und nicht permanent zu Verlierern zu machen. Heute müssen wir eher mit dem Gegenteil rechnen, dem Durchsetzen linker Anliegen in wechselnden Koalitionen, also einer Fortsetzung des derzeitigen Durchwurstelns, in dem die Schweiz zunehmend interventionistischer, etatistischer und paternalistischer wird – leider mit kräftiger Unterstützung jener Parteien, die auf dem Papier ein ganz anderes Programm vertreten. Schuld daran ist, dass

sich die Mitte-Parteien – in der Terminologie von Karl Schmid – weg vom Kompromiss zwischen Positionen hin zum Kompromiss als Position bewegt haben. Das hat aus der Schweiz einen zunehmend links der Mitte regierten, nach links driftenden, wenn auch, um bei unserem Thema zu bleiben, noch nicht auseinanderbrechenden Staat gemacht. Ich bin überzeugt, dass es im Interesse der Zukunft unseres Landes gelingen sollte, den gemeinsamen Nenner dieser Konkordanz wieder mehr Richtung Liberalität und Eigenverantwortung zu verschieben und dass es dazu den Mut bräuchte, bei aller Kompromisswilligkeit keine vorschnellen Kompromisse einzugehen.

2.5 Subsidiarität – der Staat als Genossenschaft

Eine fünfte, einende Besonderheit der Schweiz ist das erwähnte genossenschaftliche Staatsverständnis. Der ungarische Dichter Sandor Marai bemerkte 1950 in einem Essay, dass die Schweizer die Freiheit nicht als Luxusgut verstehen, sondern sehr selbstbewusst ein genuines Recht auf individuelle Freiheit für sich in Anspruch nehmen. Sie haben während Jahrhunderten gegen Feudalismus und für Selbstbestimmung gekämpft, und das in einer eigenen Mischung aus Kollektivismus und Individualismus. Das Schweizer Verständnis der Freiheit ist kein radikal-liberales, kein libertäres, wie man es in den USA zunehmend findet. Es verbindet sich vielmehr mit dem Grundsatz der Subsidiarität, wonach man so viel wie möglich auf der untersten Ebene regeln und erledigen sollte. Das ist die Ebene des Individuums. Was es nicht bewältigen kann, sollten Familie, Freunde und Nachbarschaft mittragen oder ganz übernehmen.

Erst, wenn eine Aufgabe nur von einer grösseren Einheit erledigt werden kann, kommt der Staat ins Spiel. Dieser Staat steht nicht über den Bürgern, sondern ist vom Grundverständnis her eine Genossenschaft der Bürger, die zusammenstehen und kooperieren. Und dieser Staat ist auch nicht eine Institution, die individuelle Freiheitsrechte verleiht und schützt, sondern umgekehrt Ausdruck

der naturrechtlichen individuellen Freiheit von Bürgerinnen und Bürgern, die gemeinsam den Staat bilden. Der Schutz der Privatsphäre gegenüber dem Staat entspringt ebenfalls diesem genossenschaftlichen Staatsverständnis. „Der Staat, das sind wir alle“ – dieser Satz ist in fast jedem Land der Welt eine Hypokrisie. In der Schweiz kann man ihn dagegen aussprechen, ohne rot werden zu müssen. Es wäre ein Verlust, nicht nur für die Schweiz, sondern für Europa, wenn dieses fundamental liberale Konzept des Staates und seiner Bürger verloren ginge, nur weil es nicht kompatibel ist mit dem Staatsverständnis, das praktisch im ganzen übrigen Europa herrscht.

3. Mentale Klammern

3.1 Positives Erinnern

Einen wesentlichen Beitrag zur Identität leistet die gemeinsame Geschichte. Sie reicht in der Schweiz, erstens, weiter zurück als in Italien und Deutschland, die Produkte des 19. Jahrhunderts sind, oder als in Österreich, dessen Geschichte sich nur zum Teil auf dem heutigen Territorium des Landes abgespielt hat. Mythen gehören zu jeder Geschichte. Dass sie, wie die Tell-Geschichte, aus dem Ausland stammen, spielt keine Rolle. Nur sollte man nicht allein auf sie bauen.

Deshalb ist, zweitens, als Besonderheit der Schweiz, die der Kohäsion dient, der positive Bezug zur Geschichte zu nennen. Egon Flaig hat das im Sommer in der NZZ in einem brillanten Aufsatz mit dem Titel „Demokratie und Dankbarkeit“ gezeigt. Die Dankbarkeit gegen die Vergangenheit sei kardinal für das Selbstverständnis, aus dem Demokratien sich nährten. Diese Dankbarkeit fällt in der Schweiz leichter als in den Staaten Kontinentaleuropas. Einzig Grossbritannien kann auf eine ähnliche lange ungebrochene Geschichte stolz sein. Natürlich ist auch die hiesige Geschichte nicht ohne Schatten, aber gemessen an den Verbrechen und dem Mitläufertum anderer Länder in den letzten 150 Jahren kann die Bevölkerung der Schweiz mit

weniger grossen Verrenkungen an ihre Vorgängergenerationen anknüpfen. Von ihrem Territorium aus erfolgten seit rund 500 Jahren keine Angriffskriege mehr, am Wettlauf um Kolonialbesitz nahm sie nicht teil, und in den beiden Weltkriegen verhielt sie sich neutral und entging in einer Mischung aus Anpassung und Widerstand den grössten Katastrophen des Krieges. Das war auch, aber nicht einfach nur Schlaumeierei, und es war sicher kein Trittbrettfahren.

Die heutige Schweiz darf also dankbar sein. Das ist keine Absage an die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit und keine Ermunterung zur Selbstgerechtigkeit, als die positives Erinnern leicht missverstanden werden kann, aber es ist eine Mahnung, sich nicht überwiegend oder nur der Verfehlungen zu erinnern. Für den Zusammenhalt ist gemeinsames positives Erinnern wichtig. Es permanent anzuprangern, schadet dem Zusammenhalt.

Vielleicht erlauben Sie mir als ehemaligem Journalisten gerade hier einen kleinen Einschub zum Thema Medien: Medien müssen kritisch sein. Das gehört zu ihrem Selbstverständnis, ist Teil ihrer Funktion. Aber wenn sie eine staatstragende und vor allem verbindende Rolle beanspruchen, dürfen sie nicht gleichzeitig permanent die Gegensätze betonen und Gräben aufreissen, zwischen allen möglichen Interessengruppen, die es in diesem Land gibt. Das fällt einem eher boulevardesken Journalismus, wie ihn Fernsehstationen fast notwendigerweise pflegen müssen, besonders schwer.

3.2 Pragmatische Bodenhaftung

Mir scheint, dass sich die Schweiz – darin viel mehr den USA und dem Vereinigten Königreich als den Nachbarstaaten ähnlich – auch durch einen grossen Pragmatismus auszeichnet und dass auch in diesem Pragmatismus etwas Verbindendes liegt. Dieser Pragmatismus ist eine Art Fortsetzung der antifeudalen Tradition. Deswegen leistet sich die Schweiz gelegentlich funktionale Grossprojekte wie den

Gotthardtunnel, aber kaum Prestigebauten. Die grossen Schweizer Architekten der Neuzeit bauen eher im Ausland als in der Schweiz. Man überlegt sich gut, was man sich leisten kann und will, macht am ursprünglichen Projekt noch Abstriche. Man mag diesen Verzicht auf die grossen Ikonen bedauern und darin eine Mischung aus Biederkeit und Knausrigkeit sehen, aber man rauft sich hierzulande eben eher auf dem Boden dessen, was realisierbar ist und was man sich leisten kann, zusammen, als dass man zu visionären Höhenflügen ansetzt.

Der Pragmatismus dämpft auch weitgehend jeglichen ideologischen Perfektionismus. Das ist gut so. Auf diese Weise findet man im Alltag eher zusammen. Wenn man um die Lösung von Problemen ringt, um konkrete Herausforderungen zu bewältigen, sind umfassende Gestaltungsentwürfe hinderlich. So wurde die Schweiz zu einem Musterbeispiel des Piecemeal-Engineering im Sinne von Karl Popper. Dieser Pragmatismus zeichnet, sieht man von einigen Heissspornen an den Rändern ab, eigentlich das ganze politische Spektrum aus. So pragmatisch, lösungsorientiert, kompromissbereit und damit oft inkonsistent ist kaum ein anderes Land in Kontinentaleuropa – aber nur so kann man verhindern, dass aus Spannungen Risse werden.

3.3 Nonkonformistische Eigenständigkeit

Zu den Klammern dieses Landes gehört schliesslich, bei aller Offenheit, die – entgegen dem Fremd- und auch dem Selbstbild – ohne Wenn und Aber grösser ist als in jedem einzelnen Nachbarland, eine Tradition der Abstinenz von den Dummheiten, die im Ausland begangen werden. Oliver Zimmer, der Schweizer Historiker an der Oxford University, hat das sehr schön ausgedrückt. Für ihn verkörpert die Schweiz einen „zur Staatsform geronnenen Widerspruch“ und den „Einspruch gegen eine zunehmend verflachende Welt“. Letzteres wird oft despektierlich als Rückzug ins Schneckenhaus interpretiert, so etwa auch – ich erinnere mich gut – vor zehn Jahren von dem sehr geschätzten Kollegen Konrad Mrusek in seinem Abschiedsartikel nach

18 Jahren als FAZ-Korrespondent in der Schweiz. Aber die Schweiz widerspricht einfach oft, sie hat manchmal etwas Anarchisch-Nonkonformes, und sie entzieht sich so manchen politischen Modetrends, natürlich nicht vollständig, aber doch. Das hat sie auch vor manch verheerenden Entwicklungen bewahrt.

Zum Widerspruch gehört heute auch die Skepsis, ja der Widerstand gegen eine EU, die voller guter Absichten ist, aber einen Fehler nach dem andern macht und mit ihrer Entwicklung nicht Inbegriff der Moderne ist, sondern im Gegenteil im Begriff ist, den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts auf höherer Ebene neu zu zelebrieren.

Allerdings: Diese Skepsis ist nicht unumstritten, und so spaltet die Frage unseres Verhältnisses zur EU die Schweiz heute und seit Jahrzehnten wie kein anderes Thema. Wäre die EU ein gemeinsamer Feind, würde sie das Land zusammenschweissen, aber sie ist eine gemeinsame Herausforderung, der die einen allein durch Anpassung, die anderen allein durch Widerstand begegnen wollen. Hier muss die Schweiz ihren Kitt erst finden. Die von mir präsierte Progress Foundation hat dazu ein Buch veröffentlicht, herausgegeben von den beiden St. Gallern Konrad Hummler und Franz Jäger, unter dem Titel „Kleinstaat Schweiz – Auslauf- oder Erfolgsmodell“. Es sieht diesen möglichen Kitt in der stolzen Bejahung des Kleinstaates, aber eben ohne Selbstüberschätzung, in Eigenständigkeit ohne Eigenbrötelei.

4. Die Schweiz als Nischenprodukt

Ich hoffe, nun nicht den Eindruck erweckt zu haben, ich glorifizierte die helvetischen Besonderheiten. So war und ist es nicht gemeint. Ich hätte kaum 30 Jahre bei der NZZ und fast sieben Jahre bei Avenir Suisse gearbeitet und an beiden Orten permanent Reformen angemahnt, wenn ich in unserem System nicht Schwachstellen orten würde. Es besteht sehr wohl Reformbedarf. Nur: welcher Reformbedarf? Ich bin seit je ein Anhänger der These des Sonderfalls

Schweiz. Natürlich ist jedes Land einzigartig, aber dass die Schweiz mit ihrem politisch-institutionellen Gefüge einmaliger und einzigartiger ist als irgendein Land sonst auf der Welt scheint mir offensichtlich. Und sie war mit dieser Einzigartigkeit erfolgreich. Also sollte sie die Besonderheiten pflegen und zwar den Zeitläuften anpassen, aber nicht versuchen, im Mainstream der Moden mitzuschwimmen. Letzteres ist bequem und verlockend, aber als nachhaltiges Geschäftsmodell untauglich. Zudem bin ich überzeugt, dass nur das, was uns unterscheidet, uns auch zusammenhalten kann, es ist die *raison d'être* jedes Landes. Damit wird das Ja zu den Institutionen und den mentalen Besonderheiten zur Klammer. Und indirekt bedeutet dies auch ein Ja zu jenem Kernbestand an ethisch-kulturellen Werten, der beidem zugrunde liegt. Was wir dagegen mit allen oder vielen anderen Staaten teilen, verbindet uns mit diesen – und ist kaum als Kitt der Schweiz geeignet.

Die Schweiz als Ganzes sollte also, übrigens wie der Grossteil ihrer Unternehmen auch, Nischen besetzen. Sie sollte ihre Besonderheiten hochhalten. Es wäre widersinnig, würde sie ihre Eigenheiten aufgeben, nur um dem Vorwurf der Eigenbrötelei zu entgehen. Genauso widersinnig wäre es, die bewährten Besonderheiten stur zu bewahren und nicht weiterzuentwickeln. Die kleine Schweiz hätte, weil sie klein ist, die Chance, nicht, sich dem Weltgeschehen und seinen Trends zu entziehen, aber immerhin, mehr aus ihnen zu machen und sich geschickter zu verhalten als andere. Stattdessen bleibt sie gespalten zwischen jenen **Internationalisten**, die sie lustvoll klein- und schlechtreden und das Heil in Anpassung an den Zeitgeist und Integration in ein grösseres Ganzes sehen, und jenen **Nationalkonservativen**, die in trotziger Verblendung meinen, die Schweiz könne sich allem entziehen, sei nicht nur *de jure*, sondern auch *de facto* souverän und lebe in einer Welt, in der weder die Macht diktiert, noch die Realität. Die einen empfinden Abweichungen von allem, was in der Welt – vor allem in Europa – üblich ist, schnell als hinterwäldlerisch. Sie übersehen, wie oft europäische Politik

irgendwelchen Moden nachrennt und wie sehr sie sich schon getäuscht hat. Die anderen sehen wohl die Stärken der Schweiz, sind sich aber viel zu wenig bewusst, dass auch Bewährtes hin und wieder einer Überholung und Auffrischung bedarf.

Dazwischen stehen die vielen **Wohlstandsmüden und Wohlstandsverwöhnten**. Nach dem Motto «Wir haben doch genug und es geht uns gut» sind sie meist auf Bewahrung aus. Sie überschätzen, was mit Blick auf hehre soziale, ökologische, kulturelle und gesellschaftspolitische Ziele möglich ist, während sie unterschätzen, wie sehr der ungewöhnliche Aufstieg der Schweiz in den letzten eineinhalb Jahrhunderten auf Leistung beruhte. Sie kippen politisch manchmal nach links und manchmal nach rechts.

Diese Spaltung verhindert, dass die Schweiz selbstbewusst und selbstverantwortlich ihre Zukunft gestaltet. Es wird über weite Strecken reagiert, man verliert sich in Details und verwendet zu viel Energie auf das parteipolitische Hickhack. Die Schweiz könnte zu einem Land der mutigen Innovationen und Reformen werden, gerade im institutionellen Bereich, und ihre Erfolgsfaktoren stärken. Und sie könnte darin auch in der Zukunft das Verbindende, das Einigende finden. Ich bleibe zuversichtlich, dass ihr das rechtzeitig gelingt. Und dass im "Where to be borne"- Index des britischen "Economist" auf die Frage, wo man geboren werden möchte bzw. möchte, dass die Kinder geboren werden, auch in Zukunft die Schweiz ganz vorne steht, dass unser Land von aussen ebenso wie von innen gesehen attraktiv bleibt, und zwar nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie wegen des Wohlstands, sondern wegen dem, was die Schweiz anders macht, was die Schweiz ausmacht, was sie verbindet.